

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannisstraße 38.  
Sonntags der Redaction:  
Vormittags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.  
Für die Abgabe einzelner Manu-  
scripte macht sich die Redaction nicht  
verantwortlich.  
Nunahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Preise an Wochentagen bis  
9 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.  
In den Filialen für Zus. Annehm:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Pauls Kirche, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/8 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Auflage 16,150.  
Abonnementpreis vierteljährlich 4<sup>fl.</sup>, 6<sup>kr.</sup>,  
incl. Fringelohn 5<sup>fl.</sup>, 6<sup>kr.</sup>,  
durch die Post bezogen 6<sup>fl.</sup>, 6<sup>kr.</sup>.  
Jede einzelne Nummer 25<sup>fl.</sup>.  
Besetzung 10<sup>fl.</sup>.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 39<sup>fl.</sup>,  
mit Postbeförderung 48<sup>fl.</sup>.  
Inserate 500<sup>fl.</sup>. Zeitungs- 20<sup>fl.</sup>.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Tabellarischer  
Cay nach höherem Tarif.  
Kleinere unter dem Redactionssatz  
die Spalte 40<sup>fl.</sup>.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postvorschuß.

**N<sup>o</sup> 218.** **Sonntag den 11. Juli 1880.** **74. Jahrgang.**

## Deffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Wittwoch, am 14. Juli a. c., Abends 6 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerhalle.

### Tagesordnung:

1. Gutachten des Oekonomie- bez. Verfassungsausschusses über: a. die Bedingungen für die Anlage von Straßenbahnen; b. Verlegung des Pferdebahngleises von der Rochstraße nach der Südstraße; c. die Reparatur der Partbenusermauer; d. Umpflasterung der Färberstraße.
- II. Gutachten des Bau- bez. Verfassung- und Oekonomie-Ausschusses über: a. bauliche Herstellungen in der Nicolaischule; b. Abänderung der Bauvorschriften für die Wischardstraße.
- III. Bericht des Finanz-Ausschusses über: a. den Stand der 1876er Anleihe; b. Kostenverwilligung für die Festschickten zum Empfang des deutschen Juristentages.
- IV. Gutachten des Schul-Ausschusses über Mobiliar-Neuanstellungen und Reparaturen für die Realschule I. Ordnung.

### Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir am heutigen Tage dem Cigarrenhändler Herrn Johann Theodor Friedrich Hermann Prehler Concession zur gewerbmäßigen Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Plätzen und Abschließung hierauf bezüglicher Verträge im Auftrage des obrigkeitlich concessionirten Schiffs-Expediten Carl Ludw. Böhder in Bremen erteilt haben.  
Leipzig, am 5. Juli 1880.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Uhlmann.

### Holzauktion.

Montag, den 12. Juli c. sollen von Nachmittags 8 Uhr an im Forstreviere **Connewitz** auf den Mittelwäldschlagen in Abtheilung 41a und 42a ca. 200 Haufen klein gemachtes **Stodholz** unter den öffentlich angeflagenen Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.  
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Ronne, am Ronnenwege und der nassen Wiese.  
Leipzig, am 29. Juni 1880.  
Der Rath der Stadt Leipzig.

### Bekanntmachung.

Bei dem hiesigen Postamt Nr. 1 lagern gegen  
5000 kg Seidenpapier,  
4000 „ Bücher-Maculatur,  
500 „ Pappdecken (Bücher-Einbände),  
2000 „ einstuampende Papiere und  
bei der kaiserlichen Ober-Postdirection hiersebst  
6000 kg sogenannte Karten-Maculatur,  
500 „ gedruckte Bücher verschiedener Art, zum Theil eingebunden,  
2000 „ einstuampende Telegramm-Papiere und  
2500 „ einstuampende Morisstreifen.  
Diese Bestände, welche bei den bezeichneten Stellen in Augenschein genommen werden können, sollen nach Befinden im Ganzen oder im Einzelnen an den Meistbietenden verkauft werden.  
Angebote mit Angabe der Preise für je 100 kg auf die einzelnen Gattungen sind bis zum 20. dieses Monats bei der hiesigen Ober-Postdirection einzureichen.  
Leipzig, den 7. Juli 1880.  
Der kaiserliche Ober-Postdirector.  
Walter.

## Die „Große liberale Partei“.

In dem fröhlichen Theile der national-liberalen Presse werden jetzt Stimmen laut, welche mit größerer Würdigung als bisher die Zukunft der Partei ins Auge fassen. Diese Ermüthigung kann nur heilsam wirken; ein schlechter Jäger, der die Büchse ins Korn wirft, wenn ihm das Glück nicht hold gewesen ist! Uns will es scheinen, als komme bei allen Gruppen der Partei immer mehr die Ansicht zur Geltung, man müsse, um neue Gefahren bestehen zu können, an alt bewährten Grundsätzen festhalten. Damit wäre natürlich eine Reform der Parteidisciplin nicht ausgeschlossen. Einseitigkeit aber muß der Plan eines national-liberalen Parteitages als aufgehoben angesehen werden.  
Gerade von Mitgliedern des sog. linken Flügels der Fraction war derselbe in Anregung gebracht worden, und damit sollen natürlich alle jene Gerüchte, welche diesen Abgeordneten Trennungsgedanken untergelegt hatten. Es liegt ein Brief eines auswärtigen Mitgliedes der Partei an einen in Berlin lebenden Politiker vor, worin es heißt: „Der nicht zu deutende feste Wille, der auf allen Seiten vorhanden ist, den Parteiverband aufrecht zu erhalten, bedarf nicht der Manifestation nach außen, er ist nur ein Reflex der in den Umfängen liegenden inneren Nothwendigkeit. Wäre die national-liberale Partei nicht vorhanden, man wäre gezwungen, sie jetzt und sogleich zu schaffen.“  
Inwiefern diese Anschauungsweise begründet ist, mag auf sich beruhen bleiben. Daß aber schon aus äußerlichen Gründen an eine Trennung nicht zu denken ist, dafür mag die einfache Thatfache sprechen, daß gerade diejenigen Männer, welche als Leiter der dissidentischen Bewegung hingestellt werden, theils fern von Berlin und von den Geschäften weilen, theils in Begriff stehen, sich zeitweilig von der Tagespolitik zurückzuziehen. So nimmt Bamberger, dessen Gesundheit keine sehr feste ist, einen auf mehrere Monate berechneten Aufenthalt im Süden, Herr von Forckenbeck ist schon seit Wochen fern von der Hauptstadt und Lasker bereitet sich zu einer längeren Studienreise nach Amerika vor, wo einer seiner Brüder sich ein dauerndes Heim gegründet hat.  
Fassen wir diese Momente zusammen, so müssen wir uns dahin schließend machen, daß die Auflösung der alten, und die Bildung einer neuen gemäßigten liberalen Partei zur Stunde ein Unding ist. Die preussische Kirchenpolitik allein könnte unmöglich das Resultat dieser Wandlung hergeben; denn in Betracht kommt der

ebenfalls selbstverständliche wie entscheidende Umstand, daß eine Umgestaltung der national-liberalen Partei sich nur auf dem Boden der Reichspolitik vollziehen könnte. Wer aber möchte annehmen, daß, nachdem hier die Zollfrage sowohl wie die Militärfrage die national-liberale Partei nicht aus den Fugen gebracht hat, eine aus den preussischen Verhältnissen herübergetragene Controverse eine so durchgreifende Wirkung üben sollte? Man muß sich vergegenwärtigen, daß von den gegenwärtig 84 national-liberalen Reichstagsabgeordneten über die Hälfte, nämlich 43, nichtpreussischen Wählkreisen angehören.  
Vor Allem aber: wie soll das Programm der „Großen liberalen Partei“ beschaffen sein? Bekanntlich haben diejenigen National-liberalen, welche sich im preussischen Abgeordnetenhaus gegen das Kirchengesetz entschieden, als ihren eigentlichen Führer Herrn Hall betrachtet. Will man also diesen kirchenpolitischen Dissens zum Ausgangspunkt einer neuen Parteibildung machen, so würde es als logische Consequenz erscheinen, daß diese neue Partei auch Herrn Hall zu den Ihrigen zählen müßte. Nun hat Herr Hall als Reichstagsabgeordneter im vorigen Jahre für den neuen Zolltarif, in diesem Jahre für die Samoavorlage und in der Tabaksteuerfrage gegen den Antrag Buhl, d. h. indirect für das Monopol gestimmt.  
Es will uns bedünken, als ob gerade diejenigen Preßorgane, welche den Hall'schen Standpunkt gegenüber der preussischen Kirchenvorlage am bestigsten zur Sprengung der national-liberalen Partei verwerteten, wohl am wenigsten sich dem Glauben hingeben möchten, daß sie sich mit Herrn Hall auf dem Boden der Reichspolitik durch ein gemeinsames Programm verbinden könnten. Und andererseits die Fortschrittspartei, welche von der „Großen liberalen Partei“ doch wohl nicht übersehen werden dürfte? Richter, Birchow, Parisius! Es mag ja im Rahmen der national-liberalen Partei immerhin einige Elemente geben, welche mit dem vermeintlichen Verhalten der Fortschritt-Demokraten gegenüber dem Militär wie dem Socialistengesetz sympathisiren; daß aber die große Masse der national-liberalen Wählerschaft ihnen folgte, werden sie nach den Erfahrungen des letzten Frühjahres selbst nicht annehmen.  
Wir denken, derartig nüchterne Betrachtungen werden die Parteibildungsgelüste wohl nach und nach beschwichtigen. Einseitigkeit ist durch den Färm Nichts weiter erreicht, als daß man den Feinden der National-liberalen rechts und links ein großes Vergnügen bereitet hat.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. Juli.

Die Meldung aus Straßburg, daß Staatssecretair Herzog zur Disposition gestellt worden sei, und zwar gerade fast zu der Stunde, in welcher der Statthalter, Feldmarschall v. Manteuffel, nach mehrmonatlicher Abwesenheit zurückkehrte und die Regierung wieder übernahm, hat ungemein überrascht. Denn wenn auch in früherer Zeit Gerüchte über Rißhelligkeiten zwischen dem Statthalter und dem Staatssecretair fast ununterbrochen im Schwange waren, so war es doch in den letzten Wochen davon verhältnismäßig still geworden und noch vor wenigen Tagen hatten officiöse Correspondenzen aus den Reichsländern ganz unschuldig berichtet, Herr Herzog reise Ende dieser Woche zu einem kurzen Besuche nach Berlin, um sich alsdann direct nach Laxemburg zum Gebrauch einer Badecure zu begeben. Daß er nicht nach Straßburg zurückkehren werde, davon war kein Wort auch nur zwischen den Zeilen zu lesen, vielmehr war ausdrücklich hinzugefügt, daß der Wiederkehr des Staatssecretairs in vier Wochen entgegenzusehen werde, weil alsdann die Constatirung des neuen elsass-lothringischen Staatsrathes erfolgen solle. Jetzt versteht man die Verhörung der Rückkehr des Statthalters nach Straßburg, die nach der anfänglichen Absicht schon in der zweiten Hälfte des vorigen Monats erfolgen sollte. Mit einer etwaigen Absicht, den Prinzen Christian von Schleswig-Holstein, den Onkel der Braut des Prinzen Wilhelm von Preußen, zum Statthalter der Reichsländer zu machen, scheint jene Verhörung Nichts zu thun gehabt zu haben. Herr v. Manteuffel hat einfach die Alternative gestellt: „Er geht oder ich komme nicht wieder“, und der Nachdruck, der ihm erteilt worden, ist als die Bedenkzeit anzusehen, die von maßgebender Stelle hierfür in Anspruch genommen wurde. Man kennt zur Genüge die herrliche Bureaukratenatur des bisherigen Chefs des elsass-lothringischen Ministeriums, aber man weiß zugleich, daß Herr Herzog ein Staatsmann mit klaren und nüchternen verständigen Zielen ist, dessen Anwesenheit in den Reichsländern eine Gewähr dafür bot, daß die Nachgiebigkeit des Statthalters gegen die ultramontanen und protektionistischen Elemente nicht über die Schranke der Staatsraison hinauszugehen. In dem schönen Bestreben, die „Herzen“ der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen, liegt von vorn herein die Gefahr des Zuviel. Einschichtige Kenner der Verhältnisse haben schon längst mit Sorge auf den erneuten Durchbruch des französischen, mit

dem Clericalismus versehen Wesens durch die dünne Schicht deutsch-nationalen Geistes, welche das letzte Jahrzehnt gelegt. Nachdem jetzt das Gegengewicht gegen diese Politik der Nachgiebigkeit, die den vollen Beweis dauerhaften Schaffens noch nicht erbracht hat, in der Person des Herrn Herzog beseitigt ist, ist jene Sorge doppelt begründet.  
Der Kölner Dombauverein hat sich, um die Theilnahme des Kaisers bei der im Herbst stattfindenden Einweihung der beiden Dombühnen herbeizuführen, mit Seiner Majestät als allerhöchstem Protector in Verbindung gesetzt; hinsichtlich des Tages, an dem das Fest abzuhalten, ist allerdings bisher eine Entschliebung nicht getroffen worden; dagegen hat sich der Kaiser mit der für das Fest der Vollendung im Jahre 1880 zu prägenden Medaille einverstanden erklärt. Der Umstand, daß es an einem kirchlichen Oberrn augenblicklich fehlt, darf nach Lage der Sache das Fest nicht vereiteln und wird hoffentlich auch Se. Majestät von der Theilnahme an dem Feste nicht abhalten. Geht der Wunsch der „Post“ in Erfüllung, daß auf Grund des Artikels 2 des neuen Kirchengesetzes in Kurzem der Erzbischof Köln ein Bisthumsverweser ernannt wird, so kann dadurch freilich die Feier nur gehoben werden. Eine solche Ernennung bildet aber keine wesentliche Bedingung, und zwar um so weniger, als das Domcapitel bereits seine Mitwirkung bei dem Feste dem Dombau-Verein officiell zugesagt hat.  
Der König der Hellenen ist am Freitag zu Berlin vom deutschen Kronprinzen empfangen worden. Von Politik dürfte nicht viel die Rede gewesen sein, denn die Begegnung währte nur eine Viertelstunde. In Paris hat sich Seine hellenische Majestät in bestimmter Weise über die zukünftige Rolle Griechenlands folgendermaßen geäußert: „Wenn die Türkei mit bewaffneter Hand den Conferenzbeschlüß bekämpft, so muß Griechenland die Austragung des Streites den Großmächten überlassen, denn Griechenland kann unmöglich die Türkei bezwingen, da Rußland mit Rumänien, Serbien und Montenegro kaum im Stande war, die Türkei zu besiegen. Wenn die Türkei nachgiebt, so macht sich Griechenland anheischig, die abgetretenen Provinzen zu besetzen und den Kampf mit den Albanesen aufzunehmen.“  
Aus den Verhandlungen des englischen Unterhauses sind einige Momente hervorzuheben. Am Freitag richtete der Deputirte Wolff die Anfrage an die Regierung, ob dieselbe über die Unterhandlungen in Konstantinopel sowie